

Streit über die Todesstrafe

Bundestag ringt um gemeinsame EntschlieÙung

Eigentlich sind alle dagegen. Ob Linkspartei oder Union, FDP, Grüne oder Sozialdemokraten – alle sind gegen die Todesstrafe. Deshalb hat es in den vergangenen Legislaturperioden mehrmals gemeinsame EntschlieÙungen des Parlaments gegeben. In großer Einigkeit beschlossen die Parlamentarier, die Bundesregierung zu mehr Einsatz in der Welt zu bewegen.

Diesmal jedoch droht das zu scheitern. Und die meisten Beteiligten zeigen dabei zuallererst auf Erika Steinbach. Die CDU-Politikerin mit konservativem Profil ist menschenrechtspolitische Sprecherin ihrer Fraktion und hat als solche einen EntschlieÙungsantrag von Grünen und SPD verworfen. Das hat Kollegen in den eigenen Reihen verwundert, ihre Fraktionsführung leise mürrisch gemacht und bei den Grünen Stoff für Angriffe geliefert. „Frau Steinbach hat bei der Todesstrafe alle gemeinsamen Ansätze zunichte gemacht“, schimpft ihr Kollege Volker Beck von den Grünen. „Das ist ein ärgerlicher Rückschlag.“

Tatsächlich hat Steinbach sehr rigide Nein gerufen, obwohl sich auch CDU-Kollegen mehr Kooperation mit den anderen Fraktionen gewünscht hätten. „Es wäre zu doof, wenn wir uns durch ein blankes Nein angreifbar machen“, sagt ein beteiligter Unionsabgeordneter. „Wir wollen wertegebundene Politiker sein? Dann dürfen wir uns beim Thema Todesstrafe keine Spielchen erlauben.“

Nun ist Steinbach ohnehin keine Freundin parteiübergreifender Resolutionen. Sie hält deutlich mehr von klaren politischen Fronten. Richtig ist aber auch, dass die Grünen ihr einen Grund für das Nein geliefert haben. Um auch der Linkspartei für den Antrag zu gewinnen, bestand Beck darauf, die Namen einiger Inhaftierter zu nennen, denen derzeit die Todesstrafe droht, ob in iranischen, chinesischen oder auch US-amerikanischen Gefängnissen. Und darunter fand sich stets der Name des US-Journalisten Abu Jamal. Er ist für die Linken eine Ikone im Kampf gegen die Todesstrafe; für Steinbach dagegen ist er ein Problem, weil sie jede Nennung von Einzelfällen als Missachtung der nicht genannten Gefangenen empfindet.

Trotzdem ist die Unionsführung bemüht, noch einen Weg zu einem gemeinsamen Beschluss zu finden. Zu diesem Zweck gibt es nun einen schwarz-gelben Antrag ohne jede Nennung von Namen – in der Hoffnung, Rot-Grün doch noch dafür zu gewinnen. Daneben freilich gibt es noch andere Möglichkeiten. Vor kurzem hat der entwicklungspolitische Sprecher der Union, Holger Haibach, derlei erkundet. Er hat einen Antrag gegen die Verfolgung von Homosexuellen in Uganda, der im Menschenrechtsausschuss blockiert wurde, kurzerhand in den Entwicklungsausschuss verlagert. So konnte er Steinbachs harte Linie einfach umlaufen. *Stefan Braun*